

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassentel.  
Tresden 1530,  
Bezirksamt:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 179.

Montag, 4. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 50 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife, ermäßigter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftskasse: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Damm gegen die Arbeitslosenplatine.

Eine Persönlichkeit, die den offiziellen Stellen zu nahe steht, um in diesem Zusammenhang ihren Namen preisgeben zu können, schildert in diesem Aufsatz aus eigener Sachkenntnis Inhalt und Aussehen der Maßnahmen, die die Reichsregierung jetzt gegen die Arbeitslosigkeit durchzuführen beginnt.

Wer will leugnen, daß bei allen wichtigen Regierungsmaßnahmen heute neben dem Reichsfinanzministerium das Reichsarbeitsministerium federführend ist? Wer von denen, die der Politik nahe stehen, weiß nicht, daß die interessantesten und wohl auch die umkämpflichsten Pläne der Regierung Brünning von jenem nüchternen Bürozimmer, von jenem Schreibtisch ausgehen, an dem von 7 Uhr früh bis in die späte Nacht, fast ohne Unterbrechung einer Mahlzeit, der Reichsarbeitsminister Stegerwald sitzt? Diese maßgebliche Initiative des Reichsarbeitsministeriums hat ebenso persönliche wie sachliche Gründe: je mehr man den wirtschaftspolitischen Ursachen und Zusammenhängen unserer Krise nachforscht, um so mehr lernt man als Kernproblem die Arbeitslosigkeit erkennen. — Tatsächlich ist heute das Reichsarbeitsministerium die Zentralstelle jenes großen Abwehrkampfes gegen die Arbeitslosigkeit geworden, von dessen Ausgang die deutsche Politik und Wirtschaft alles oder nichts erhofft.

Es war von Anfang an klar, daß jene 45 Millionen Mark, die im Reichshaushalt für produktive Erwerbslofenförderung eingelegt wurden, nichts sein können als ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist nach der allgemeinen Erkenntnis heute gar nicht mehr allein von der Seite der werkschaffenden Erwerbslofenförderung her mehr zu lösen. Denn es ist der Sinn der produktiven Erwerbslofenförderung, daß mit ihrer Hilfe nur zusätzliche Arbeiten durchgeführt werden können, für die im Grunde keine unbedingte Notwendigkeit im Augenblick und auf kurze Sicht vorliegt. Die Verhältnisse haben ergeben, daß das Arbeitslofenproblem ebenso von der Arbeitsbeschaffung her angepackt werden muß. Es kommt nicht nur darauf an, Arbeit, sondern vor allem ein Arbeitsbedürfnis zu schaffen. Dieser Forderung wird das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung in weitem Ausmaß gerecht. Erst in diesen Tagen ist eigentlich die Zeit und Veranlassung gegeben, das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu würdigen. Denn erst jetzt erscheint die Finanzierung soweit gesichert, daß man mit Gewißheit von seiner nahezu vollständigen Verwirklichung sprechen darf. Eine volle Milliarde Mark wird zu Zwecken der Arbeitsbeschaffung dem deutschen Wirtschaftskörper zugeführt! Während ein großer Teil dieser Mittel von der öffentlichen Hand gegeben wird, erziehen die Beschaffung des anderen Teils auf dem Kreditwege bisher noch problematisch. Wie von den Anleihevermittlern jedoch mitgeteilt wurde, bestehen die günstigsten Aussichten, daß in nächster Zeit die Anleihevermittlungen, namentlich auch die der Reichsbank über eine Anleihe von 250 Millionen Mark, zum Abschluß kommen werden. Durch verschiedene Kanäle werden diese Gelder der Industrie, wie bekannt in erster Linie ja auch der schwer darniederliegenden Bauwirtschaft, zufließen.

Bei all diesen Auslandsverhandlungen ist die Reichsregierung von einer neuen psychologischen Erkenntnis ausgegangen: daß man dem Ausland nicht einfach eine Reichsgarantie anbieten darf, sondern daß man für die Rechte einzelner reale Unterlagen, jeweilige Sicherheiten geben muß, um den notwendigen Anreiz auszuüben. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die Gründung der „Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeit A. G.“ zu verstehen, die dem Arbeitslofenproblem von der Seite der werkschaffenden Erwerbslofenförderung her beikommen soll. Staat und Wirtschaft sind in dieser neuen Gesellschaft vereinigt, um jenen katastrophalen Niedergang der produktiven Erwerbslofenförderung aufzuhalten und ihr neuen Antrieb zu geben. Die Referenten der in Frage kommenden Ministerien und eine große Anzahl Wirtschaftler werden über die Verwendung der Mittel, die zu einem Teil aus Auslandsanleihen, zum Teil von Reich und Ländern und zu einem weiteren Teil von den Trägern der Arbeiten selbst gegeben werden, bestimmen. Es braucht nicht betont zu werden, daß die Reichsregierung und die Deutsche Bau- und Bodenbank führend an der Gesellschaft beteiligt sind, obwohl man sie aus organisatorischen Gründen nicht allein mit der Durchführung dieser Arbeiten betrauen wollte. Eine Auslandsanleihe in Höhe von etwa 200 Millionen, an der das amerikanische Bankhaus Schröder führend beteiligt ist, ist jetzt so gut wie perfekt, und ihre erste Tranche in Höhe von 100 Millionen Mark wird noch in diesem Jahr zur Auszahlung gelangen. Als Sicherheit für diese Anleihe dient das Vermögen der werkschaffenden Arbeitslofenförderung, das sich infolge langfristiger Kreditgebung auf 400 Millionen Mark angehoben hat. Dieser Betrag erscheint absolut sicher, um so mehr, als in zweifelhaften Fällen vorübergeordneten Verbänden Sicherheit geleistet worden ist. Auf dieser Basis haben die Amerikaner den Kredit gegeben; freilich ist im Augenblick nur noch der Hauptbetrag man wahrscheinlich auf 7 Prozent herabdrücken wird. Die Gelder sollen dann als langfristige Kredite mit 5 Prozent Verzinsung weitergegeben werden. Zu diesen 100 Millionen Mark Auslandsanleihen kommen in diesem Jahr dann noch 70 Millionen Rückzahlung von den 400 Millionen Reichskrediten. Da auch Länder und Arbeitsträger (sowie also wohl die Gemeinden) erhebliche Zuschüsse leisten werden, darf man mit Bestimmtheit annehmen, daß 10

## Die Abfrage der Volkspartei an Koch.

H Berlin, 3. August. Die Nationalliberale Korrespondenz, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, schreibt zu dem Brief des Herrn Koch-Weser an Dr. Scholz:

Der Brief von Koch-Weser an Herrn Dr. Scholz bedeutet den völligen geistigen Zusammenbruch einer politischen Sammlungsaktion in der besonderen Form, wie sie von Herrn Koch-Weser angestrebt und durchgeführt worden ist. Der staatsparteiliche Führer Koch-Weser weiß sich nicht anders mehr zu helfen, als daß er seinen Vorschlag zur Berufung stellt, nachdem sein Rücktritt bereits sehr deutlich von den verschiedensten demokratischen und staatsparteilichen Stellen und Persönlichkeiten in aller Deutlichkeit gefordert worden ist. Es ist aber, gelinde gesagt, naiv, wenn Herr Koch-Weser, weil er geküßert ist, nun auch den Rücktritt des Herrn Dr. Scholz fordert, obwohl diesem die gesamte Deutsche Volkspartei und vor wenigen Tagen noch der Reichsausschuß der D.V.P. einstimmig das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen haben. Es liegt hier aber nicht nur ein persönlicher, sondern auch ein grundsätzlicher Irrtum von Koch vor. Ein Führerproblem kann überhaupt nicht dadurch gelöst werden, daß gewisse Schichten die Führung für sich in Anspruch nehmen, sondern nur, wenn die dazu geeignete große Persönlichkeit da ist.

Persönliche Rücksichten irgendwelcher Art sind für Herrn Dr. Scholz überhaupt niemals in Frage gekommen. Wir verweisen nur auf seine diesbezüglichen Erklärungen, die er bereits auf dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Volkspartei abgegeben hat. Aber wo ist heute die ganz überragende Persönlichkeit, die einen solchen Einfluß und eine solche politische Bedeutung hat, daß hinter sie die bewährten Führer der politischen Parteien ohne weiteres zurücktreten müßten? Sollte etwa Herr Wabrun diese Persönlichkeit sein? Die Deutsche Volkspartei hat jedenfalls keine Veranlassung, sich mit dem Führerproblem zu beschäftigen, weil Herr Koch-Weser gescheitert ist.

Darüber hinaus wird die Deutsche Volkspartei, wenn jetzt die Staatspartei unter anderer Führung zu der Frage der Sammlung und Zusammenfassung eine andere Haltung einnimmt, sicher ohne weiteres bereit sein, mit ihr aus den anderen Parteien hierüber zu verhandeln.

Im übrigen ist auch die Behauptung von Herrn Koch-Weser falsch, daß die Deutsche Volkspartei niemals an eine Ausschaltung der Volksnationalen gedacht habe. Vielmehr hat die Deutsche Volkspartei, insbesondere Herr Minister Dr. Scholz, sich unverzüglich damit einverstanden erklärt, daß auch Herr Wabrun an den Sammlungsverhandlungen teilnimmt, als Herr Koch-Weser einen solchen Antrag stellte. Als weiteres Charakteristikum für das eigenartige Vorgehen des Herrn Koch sei abschließend noch festgestellt, daß er seinen Brief an Minister Scholz bereits veröffentlicht hatte, noch ehe der Brief den Adressaten erreicht hat und erreichen konnte.

Hierauf antwortet der „Demokratische Zeitungsdienst“:

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ nimmt zu dem loyalen und entgegenkommenden Brief von Koch-Weser an Dr. Scholz in unerhöht geschätzter und einer beispiellos verbindlichen Form Stellung. Sie spricht von dem „völligen geistigen Zusammenbruch der Sammlungsaktion der Deutschen Volkspartei“. Und das in dem Augenblick, in dem die Anhänger der Deutschen Volkspartei scharenweise ihre erhartete und reformunfähige Parteiorganisation verlassen! Die Deutsche Volkspartei kann trotzdem damit zufrieden sein, was sie mit ihrem letzten weithergehenden Appell festgelegt hat: wie unabhänglich es ist, mit Politikern, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen, zu einer Verständigung zu gelangen.

Die Behauptung, daß der Brief dem Herrn Scholz erst zugegangen sei, nachdem er der Öffentlichkeit übergeben wurde, ist unrichtig und wurde am Sonnabend bereits in einem Telefongespräch zwischen Herrn Koch-Weser und Herrn Scholz richtiggestellt. Der am Freitagabend durch Elbboten abgegangene Brief ist am Sonnabendvormittag in der Hand des Herrn Dr. Scholz gewesen, und erst die Abendblätter haben die Veröffentlichung vorgenommen.

Die Deutsche Volkspartei schlägt blind vor und hat die ausgebreitete Hand zurück. Jeder Deutsche kann sich leicht an Hand dieser Antwort selbst ein Urteil bilden, wer verständigungs- und sammlungsbereit ist.

## Wegfall in der Leitung der Staatspartei?

H Berlin. Wie ein Berliner Spät-Abendblatt meldet, soll Herr Koch-Weser, der mit dem Jungdeutschen Führer Wabrun und dem Führer der volksparteilichen Jugendgruppen Dr. Winkler das erste Direktorium der Deutschen Staatspartei gebildet hat, bereits sein Amt niedergelegt haben und durch den preußischen Finanzminister Dr. Köpfer-Wiesch in der Leitung der Staatspartei ersetzt werden. In dieser Form ist die Meldung, wie

Millionen Arbeitslosen-Tagewerke durch dieses Programm ermöglicht werden. Im Laufe der Zeit wird man dann wohl dahin kommen können, daß etwa 10 Prozent der Arbeitslosen mit den geplanten Kostendarstellungen, Straßenbauten, Talsperren, Krananlagen, landwirtschaftliche Meliorationen etc. beschäftigt werden können.

man erfährt, nicht ganz zutreffend oder mindestens verfrüht. Richtig ist allerdings die weitere Meldung des Blattes, daß Herr Koch-Weser auf 14 Tage in Urlaub gegangen ist. Auch Finanzminister Dr. Köpfer-Wiesch ist zurzeit verreist; er ist von der Staatspartei gebeten worden, zurückzukehren, aber ob er anstelle des Herrn Koch-Weser in die Leitung der Staatspartei eintritt, kann offiziell noch nicht bestätigt werden.

Am Sonnabend spät gab in dieser Angelegenheit der Demokratische Zeitungsdienst die Meldung aus, daß Herr Koch-Weser infolge der Anstrengungen der Reichstagsaktion und der Gründung der Staatspartei einen 14-tägigen Erholungsurlaub bis zum Beginn der Wahlkampagne angetreten habe und daß Minister Dr. Köpfer-Wiesch ihn während dieser Zeit in der Leitung der Aktionsgemeinschaft der Deutschen Staatspartei vertreten. Weitergehende Meldungen seien aus der Luft gegriffen. Es betheile in der Deutschen Staatspartei eine bis in das Letzte gehende völlige Uebereinstimmung über alle Maßnahmen, die zur inneren und äußeren Erhaltung der Partei ergriffen seien. Auch der Brief von Koch-Weser an Dr. Scholz sei in voller Uebereinstimmung sämtlicher führenden Mitglieder der Staatspartei ergangen. An Verhandlungen darüber werde sich Koch-Weser vom Urlaub aus beteiligen. Ueber die Führung der Deutschen Staatspartei werde eine Entscheidung erst nach den Wahlen auf dem ersten Parteitag der neuen Partei getroffen werden.

## Tagung der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler

Riesa, 4. August

Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler hielt gestern in Riesa eine Vertreterversammlung ab, um zu der Frage der Staatspartei Stellung zu nehmen. Es waren etwa hundert Delegierte von sämtlichen Ortsgruppen der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler erschienen. Das Ergebnis war die einstimmige Annahme einer Entschließung; in der es u. a. heißt: „Breiteste Schichten des deutschen Volkes sind des Parteifortschritts müde und fordern die Sammlung aller Deutschen, die in nationaler Disziplin und Verantwortung gegen die Staatsverneinung stehen. Die Erfüllung dieses Volkswillens ist die besondere Aufgabe, die in dieser geschichtlichen Stunde der jungen Generation zufällt. Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler wird jeden Versuch einer Verständigung fördern. Sie erwartet dabei, daß die Staatspartei sich der Notwendigkeit, sich in die beabsichtigte große Parteifront einzureihen, nicht entzieht. Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler bejaht den von der Deutschen Volkspartei in dieser Richtung unternommenen Versuch. Sie wendet sich entschieden gegen jede Bestrebung, die Deutsche Volkspartei zu spalten und die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler in Gegensatz zu ihr zu drängen. Der Versuch, eine neue Front der Parteien mit dem Ziele des großen Zusammenschlusses anzubahnen, ist das Verdienst der jungen Generation. Die Reichsgemeinschaft geht in gleichem Sinne den Weg der Reform und Verbesserung in der Deutschen Volkspartei weiter. Wir kämpfen und ringen um die Erneuerung des Reiches. — Zu dieser Entschließung gab in einer Preisbesprechung der Führer der jungen Volksparteiler einige Erläuterungen. Die Reichsgemeinschaft lehne jedes Anfechten ab, sich von der Volkspartei abdrängen zu lassen. Andererseits aber verlange sie, daß die Sammlung tatsächlich gefördert werde. Die Initiative müsse jetzt aber bei der Staatspartei liegen. Der Rücktritt Koch-Wesers von der Führung der Staatspartei lasse erkennen, daß diese weiter verhandeln wolle. Die jungen Volksparteiler würden jeden Versuch einer Verständigung zwischen der Staatspartei und der Volkspartei unterstützen. Die Voraussetzung sei jetzt aber, daß die Staatspartei sich wieder in die große Front einfüge.

## Die bairischen Deutschnationalen hinter Hugenberg

München 4. August

Der Landesauschuß der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern nahm eine Entschließung an, in der es heißt, daß die Deutschnationale Volkspartei in Bayern und im Reich geschlossen für ihre alten Grundsätze eintrete. Sie sehe in der Rettung der deutschen Landwirtschaft die höchste Forderung des Tages. In Uebereinstimmung mit den von Dr. Hugenberg aufgestellten Richtlinien werde die Deutschnationale Partei in den Wahlkampf unter der unveränderten Parole ziehen.

Diese Möglichkeit hat die Reichsregierung geschaffen, indem sie in geschickter Weise langfristige Kredite aufgetaut hat. Neue Haushaltsmittel sind nicht eingesetzt worden. So zieht die Reichsregierung energisch und mit starken Waffen in den Kampf um die Arbeitslosigkeit. Sieg oder Zusammenbruch?...